25. SEP. 1914

Nummer 39 Hamburg, den 26. September 1914 27. Jahrgang

# Der Grundstein


## Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

**Verkündigungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit," Zuschußkasse**

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementspreis pro Quartal M. 2 (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluß der Redaktion: Montag mittag 1 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 ₰ für die dreigespaltene Petitzeile oder deren Raum berechnet


## Militärische Ordnung und wirtschaftlicher Wirrwarr.

(Schluß.)

Noch auf einem andern Gebiet tritt der innere Widersinn unserer kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsweise deutlich zutage. Offenbar sind Hilfsbereitschaft und Selbstlosigkeit herrliche Tugenden, die einen jeden Menschen zieren. Wer jederzeit bereit ist, seinen Mitmenschen hilfreich zur Seite zu stehen und ihn mit Rat und Tat zu unterstützen, ohne dabei auf Entschädigung zu rechnen, der handelt gewiß moralisch; und wer keinen Augenblick zaudert, wenn sein Volk und Vaterland in Gefahr gerät, mit Einsetzung seiner ganzen Persönlichkeit in die Bresche zu springen, der verdient unstreitig hohes Lob. Eine solche solidarische Handlungsweise, die aus dem Gefühl der inneren Zusammengehörigkeit aller Volksgenossen entspringt, ist die höchste sozialistische Tugend. Aber wie wirkt sie dort, wo der Kapitalismus sein Szepter führt? Das haben uns die Vorkommnisse der letzten Wochen in geradezu überraschender Weise gezeigt.

Beim Ausbruch des Krieges durchflutete ein Strom edler Begeisterung unser ganzes Volk, der manche Vorurteile, Mißverständnisse und Bitterkeit hinwegschwemmte. Der Gedanke der Volksgemeinschaft wurde mächtig und ergriff die weitesten Kreise. Die Ernte befand sich damals noch auf dem Felde, die Landwirtschaft hatte zahlreiche Arbeitskräfte an das Heer abgeben müssen, und so tauchte plötzlich der Plan auf, eine Hilfsaktion ins Leben zu rufen, um durch Einbringen der Ernte die Bevölkerung vor einer späteren Hungersnot zu schützen. Der Plan, der gewiß aus einem guten Herzen entsprungen war, fand Beifall, und massenhaft zogen Angehörige der sogenannten besseren Kreise, besonders jüngere Leute, hinaus aufs Land, um den Bauern bei der Ernte zu helfen. Natürlich ohne Bezahlung, denn wer mag sich seine Opferfreudigkeit bezahlen lassen? Gewiß ein schöner Zug, der dem Idealismus und dem Solidaritätsgefühl jener Volksschichten alle Ehre macht. Aber was war die unerwünschte Wirkung dieses Vorgehens? Den vielen arbeitslosen Stadtbewohnern, die gern für sich und ihre Familien durch Arbeit den Lebensunterhalt erworben hätten, wurde diese Möglichkeit genommen oder geschmälert, und als sie sich den Agrariern zur Verfügung stellten, wurden sie in zahlreichen Fällen mit den höhnischen Worten zurückgewiesen, daß man genug Arbeitskräfte umsonst oder gegen billiges Entgelt bekommen könne. Da dämmerte es denn plötzlich in den Köpfen auf, und es erschallte der Ruf: „Weg mit der selbstlosen Hilfsbereitschaft, denn Ihr richtet damit nur Unheil an!" Und nun wurde die Forderung gestellt, daß man Arbeitslose aufs Land schicken solle, die gegen anständige Entlohnung Landarbeiten verrichteten.

Aehnliche Erfahrungen wurden auch anderswo gemacht. Es kam nicht selten vor, daß sich gutsituierte Leute den Behörden unentgeltlich zur Verfügung stellten, um die Lücken auszufüllen, die der Krieg gerissen hatte. Lehrer und andere Beamte erboten sich freiwillig, nach Schluß ihrer Dienstzeit noch Bureauarbeiten zu verrichten, und selbst Universitätsprofessoren ließen sich durch ihre Begeisterung derartig hinreißen, daß sie sich bereit erklärten, als Landbriefträger dem Vaterlande zu dienen. Alle diese Leute, deren guter Wille durchaus anzuerkennen ist, bedachten eben nicht, daß sie durch ihre unbezahlte Tätigkeit andern Menschen, die auf das Geldverdienen angewiesen sind, das Brot vor dem Munde wegnehmen. Manchmal artet die Selbstlosigkeit der gutgestellten Gesellschaftskreise geradezu in groben Unfug aus. Damen, die seit Jahren keine Nadel in der Hand gehabt haben, fangen jetzt mit großem Eifer zu nähen, zu stricken, zu stopfen und zu flicken an. Für unsere Brüder im Felde regen sie ihre fleißigen Hände — leider aber erheben bereits Schneiderinnen, Heimarbeiterinnen, Konfektionsarbeiterinnen usw. ihre Stimme und klagen, daß sie keine Arbeit und keinen Verdienst haben. Ueberall bieten sich unbezahlte Arbeitskräfte an und erschweren den Arbeitern und Arbeiterinnen die Existenzmöglichkeit, ja, es ist schon soweit gekommen, daß eine vornehme Hausfrau es als eine Unverschämtheit bezeichnete, wenn ein Dienstmädchen überhaupt noch Lohn forderte, anstatt aus reiner patriotischer Begeisterung für Kost und Wohnung zu arbeiten. Besaß doch ein schwerreicher Kommerzienrat, der seinen Betrieb eingeschränkt hatte, sogar den Mut, seinen entlassenen Angestellten den Rat zu geben, sie möchten sich aus patriotischer Begeisterung ohne Bezahlung dem Vaterlande zur Verfügung stellen. Höher kann wohl der Unfug nicht gesteigert werden.

Wie kommt es nun, so fragen wir, daß Selbstlosigkeit und Hilfsbereitschaft, diese lobenswerten Charaktereigenschaften, so viel Schaden anrichten? Daran hat der Kapitalismus schuld, weil er auf der Warenproduktion und dem Geldverdienen aufgebaut ist. Der kapitalistische Unternehmer erzeugt Waren, das heißt, Gebrauchsgegenstände für andere. Diese Waren, die für den Austausch erzeugt werden, gehen mit Hilfe des Geldes in fremde Hände über. Fehlt es an dem erforderlichen Gelde, so können sie den Weg vom Produzenten zum Konsumenten nicht zurücklegen, sondern sie bleiben unterwegs auf der Strecke liegen. Der in Aussicht genommene Käufer hat kein Geld, um die Ware in seinen Besitz bringen zu können, und muß deshalb darauf verzichten, er muß sich einschränken und vielleicht gar Not leiden. Der Warenproduzent oder der Händler bleibt mit der Ware sitzen und kann sie nicht zu Gelde machen, was für ihn einen großen Ausfall bedeutet. Der Mangel an Geld oder die mangelnde Kaufkraft schädigt also Produzenten und Konsumenten in der schwersten Weise und schlägt dem wirtschaftlichen Leben schlimme Wunden.

Nun beruht, wie jedermann weiß, die Möglichkeit, Geld in die Hand zu bekommen, für die große Masse des Volkes auf der Möglichkeit, Arbeit zu bekommen. Die Arbeitsgelegenheit ist normalerweise die Grundlage proletarischer Existenz, und wer den Proletariern diese Gelegenheit nimmt, der handelt unsozial und fügt unserer Volkswirtschaft schweren Schaden zu. Ob seine Absichten auch die edelsten sind, seine Handlungsweise bewirkt das Gegenteil von dem, was er beabsichtigt. Es kommt ja nicht auf die Absicht an, aus der eine Handlung hervorgeht, sondern auf die Wirkung, die sie im Gefolge hat. Auch die Wohltätigkeit, die aus einem guten Herzen entspringt, bringt manche Gefahr mit sich. Volkswirtschaftlich ist es durchaus falsch, die Existenzmöglichkeit breiter Schichten des Volkes auf Wohltaten und Almosen aufzubauen und vom Standpunkte der sozialen Moral aus ist es ein verhängnisvoller Fehler, die Menschen daran zu gewöhnen, milde Gaben in Empfang zu nehmen. Das Ehrgefühl und das Selbstgefühl, diese herrlichen Blüten moderner Kultur, werden überwuchert und manchmal völlig erstickt und die Freude an eigener, nutzbringender Tätigkeit wird vermindert. Das aufgeklärte Proletariat fühlt dies auch mehr oder minder deutlich, weshalb es auf die Wohltaten des Kapitalismus verzichtet und sich auf den reinen geschäftlichen Standpunkt stellt. Es betont sein Recht auf Arbeit und erhebt immer und immer wieder die Forderung: „Gebt uns gutbezahlte Arbeit, dann brauchen wir eure Almosen nicht!"

Wenn wir in diesen schweren Zeiten, die wir alle durchmachen, die krampfhaften Bemühungen der bürgerlichen Kreise, die Massennot zu lindern, unparteiisch und mit nüchternen Blicken verfolgen, so müssen wir staunen über die Planlosigkeit und den daraus entstehenden Wirrwarr. Aber wir dürfen uns nicht wundern, daß es so ist, denn wir wissen, daß die Planlosigkeit der Grundzug der kapitalistischen Produktions- und Verteilungsweise ist. Das rächt sich nunmehr bitter. Hinzu kommt noch, daß den bürgerlichen Kreisen auch die klare Einsicht in die wirtschaftlichen Zusammenhänge fehlt. So werden dann Dummheiten über Dummheiten gemacht und das arbeitende Volk hat den Schaden davon.

## Weitere Verkürzung der Arbeitszeit.

Die Baugewerkeninnung und der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zu Bielefeld haben an ihre Mitglieder folgendes Rundschreiben erlassen:

„Die gegenwärtige Kriegslage hat zur Folge gehabt, daß im Baugewerbe eine Stockung eingetreten und eine größere Zahl an Arbeitern arbeitslos geworden ist. — Es haben deshalb Verhandlungen stattgefunden, um die Not, die durch die Arbeitslosigkeit entstehen muß und zum Teil schon entstanden ist, zu lindern. Dies könnte zunächst am besten vorbeugend durch Verteilung der Arbeit auf mehrere Hände geschehen. Mit der Organisation der Gesellen und Arbeiter ist deshalb auf deren Wunsch vereinbart: vom Donnerstag, 10. September, an die Arbeitszeit täglich um anderthalb Stunden zu kürzen und nur von morgens 7 Uhr bis abends 6 Uhr mit den bisherigen Pausen zu arbeiten. Für den Ausfall an Arbeitszeit soll eine entsprechende Zahl von Arbeitern mehr eingestellt werden. — Es wird ferner dringend empfohlen, auch noch dadurch eine Verteilung der Arbeit eintreten zu lassen, daß die Leute abwechselnd die Arbeit aussetzen und dafür andere Arbeiter eingestellt werden. Durch diese Maßnahmen kommen mehr Leute zu Arbeit und Verdienst, wenn auch der Verdienst für den einzelnen Arbeiter geringer ist als in normalen Zeiten. — Nachdem während der fünfwöchigen Kriegsdauer unsere braven Truppen überall siegreich vorgedrungen und die Grenzen völlig gesichert haben, ist es Aufgabe der Nation, die volkswirtschaftliche Tätigkeit wieder mehr zu beleben. Es muß das Vertrauen zu den gesunden Grundlagen unseres Wirtschaftslebens in vollem Umfange zurückkehren. Die öffentlichen Sparkassen erhalten wieder Einlagen, und sie sind daher in der Lage, nicht nur ihren übernommenen Verpflichtungen zur Zahlung von Hypotheken und andern Darlehen nachzukommen, sondern sie können auch weitere Verpflichtungen übernehmen. Es muß deshalb Aufgabe eines jeden Mitgliedes sein, in seinem Kundenkreis für Arbeit zu werben. Unsere Angestellten und Arbeiter müssen Beschäftigung und Verdienst haben, wenn sie kaufkräftig bleiben sollen; jeder, der Arbeiten in Auftrag geben kann, wird zur Gesundung der Volkswirtschaft und damit zur Förderung der Volkswohlfahrt beitragen. Mit vorzüglicher Hochachtung

H. Lütkemeyer. Wedegärtner."

Kürzlich befaßte sich die Bürgerschaft in Bremen mit sogenannten Notstandsarbeiten. Es wurde mitgeteilt, daß bei diesen Arbeiten in zwei Schichten zu je fünf Stunden gearbeitet werden soll. Der Stundenlohn wurde auf 50 ₰ und 10 ₰ „Kriegszulage" festgesetzt. Auf diese Weise wird vom Bremer Staat der Vertragslohn für Erdarbeiter, der 59½ ₰ beträgt, gesichert. Unsere Organisationsvertreter hatten vorher erklärt, daß sich unsere Bremer Organisation nicht damit einverstanden erklären könne, daß von der Stadt bei Notstandsarbeiten weniger als der Tariflohn gezahlt werde, selbst wenn es sich um Arbeiter handle, die vorher solche Arbeiten nicht gemacht hätten, weil unsere Kollegen nicht wollen, daß die Stadt den Privatunternehmern ein schlechtes Beispiel gibt. Leider ließ es sich bei der Errichtung eines allgemeinen Arbeitsnachweises für Bremen nicht durchsetzen, daß der Nachweis nur an tariftreue Firmen vermitteln darf. Den Arbeitsuchenden werden sogar nicht einmal die Lohn- und Arbeitsbedingungen bekanntgegeben. Das führt natürlich zu Unzuträglichkeiten. So hatte sich die Elektrizitätsgesellschaft Siemens & Schuckert durch den Arbeitsnachweis 30 Erdarbeiter vermitteln lassen, denen sie nur 40 ₰ Lohn zahlen wollte. Obwohl diese Arbeiter nicht in unserm Verband waren, wandten sie sich an die Organisationsleitung und stellten dann die Arbeit ein. Einen halben Tag später war der Vertreter der Firma zur Zahlung des vertragsmäßigen Lohnes bereit.

In Remscheid ist die Arbeitslosigkeit bis jetzt noch nicht so stark hervorgetreten wie in manchen andern Orten. Das ist jedoch lediglich darauf zurückzuführen, daß zahlreiche Kollegen in ihre Heimat abgereist sind. Die Bautätigkeit ist sehr schlecht, so daß in allernächster Zeit eine große Arbeitslosigkeit zu befürchten ist. Das war der Grund, weshalb die Vertreter der Arbeiter und Arbeitgeber beschlossen, die Arbeitszeit vorläufig auf sieben Stunden zu verkürzen, damit möglichst viele Bauarbeiter beschäftigt werden können. Die Unternehmer und die Mitgliederversammlung unseres Verbandes stimmten dieser Vereinbarung (unsere Versammlung einstimmig) zu; in der Versammlung des christlichen Verbandes stimmten jedoch von 24 Mitgliedern 13 gegen und nur 9 für die Vereinbarung. Die andern wollten das bißchen Arbeit bei voller Arbeitszeit erst fertigwursteln und dann nach Hause

reisen. Glücklicherweise hatten die Unternehmer mehr Einsehen als diese Kollegen. Sie erklärten, daß eine so schwache Minderheit auf den gefaßten Beschluß keinen Einfluß haben könne. Die Arbeitszeit bleibt also vom 17. September an vorläufig auf sieben Stunden verkürzt. Die Gerechtigkeit gebietet uns, hervorzuheben, daß der christliche Angestellte in der christlichen Versammlung für die Verkürzung der Arbeitszeit eintrat; er wurde jedoch von der Versammlung gezwungen, sich seiner Stimme zu enthalten.

In Stuttgart hat unsere Organisation mit dem Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, Landesverband Württemberg, vereinbart, daß vom 14. September an die tägliche Arbeitszeit sieben Stunden betragen soll. Es wird gearbeitet von 8¾ bis 12 Uhr und von 1 bis 4½ Uhr. Die Zustimmung der Gipserinnung zu dieser Vereinbarung wird erwartet.

## Die Schaffung von Arbeitsgelegenheit

muß jetzt eine der dringendsten Aufgaben unserer Zweigvereine sein. Sie sollten entweder allein oder gemeinsam mit den Unternehmern nach Mitteln und Wegen suchen, um die überall stockende Bautätigkeit wieder in Fluß zu bringen. Die Arbeitgeberverbände haben sich zu diesem Zweck in vielen Orten mit fest umrissenen Vorschlägen an die Stadtverwaltungen gewandt, und sicher ist dieses Vorgehen nicht ohne Erfolg geblieben. Daß unsere Kollegen etwas Aehnliches getan hätten, ist uns bis jetzt nur in wenigen Fällen bekannt geworden, obwohl sich doch bei der großen Arbeitslosigkeit jeder Zweigvereinsvorstand um die Schaffung von Arbeitsgelegenheit bemühen müßte. In vielen Orten würden die Kommunalverwaltungen für die rasche Fortführung begonnener oder für die Inangriffnahme neuer Arbeiten sorgen, wenn sie von der Größe der Arbeitslosigkeit und der Not der Bauarbeiterschaft genügend unterrichtet wären. Man kann von den Verwaltungen nicht erwarten, daß sie sich darüber selbst unterrichten. Unsere Vorstände müssen dies besorgen, sei es durch eigene Eingaben, sei es gemeinsam mit den Arbeitgebern. Wo dies irgend möglich ist, muß dann in den Städte- und Gemeindevertretungen nachgeholfen werden. Die Art und Weise, wie am erfolgreichsten zu arbeiten ist, hängt von den örtlichen Verhältnissen ab. Wir erwarten, daß unsere Vorstände überall, wo dies bis jetzt noch nicht geschehen ist, in diesem Sinne wirken.

## Die italienischen Arbeiter und der Krieg.

Was in den letzten Wochen in der ausländischen Presse über Deutschland, sein Heer, sein Volk und seine Arbeiterbewegung zusammengelogen worden ist, geht auf keine Kuhhaut. Die unglaublichsten Dinge wurden berichtet, Dinge, die den Stempel der Unwahrheit für jeden verständigen Menschen an der Stirn trugen. Meldungen wurden in die Welt gesetzt und von den ausländischen Sensationsblättern gierig aufgegriffen, die so unsinnig waren, daß sie ein gebildeter Mensch unmöglich für wahr halten konnte. Vom grimmigsten Haß gegen Deutschland waren diese Lügen diktiert und lediglich darauf berechnet, unserm Lande zu schaden. Leider hat sich nicht nur die Sensationspresse der Länder, die mit Deutschland im Krieg stehen, zur Verbreitung dieser Lügereien hergegeben, sondern auch ein Teil der Presse der neutralen Länder nimmt an der Hetze gegen Deutschland teil. Und, was für die deutschen Arbeiter ganz besonders unangenehm ist: auch ein Teil der sozialdemokratischen Presse des neutralen Auslandes hat für den Kampf, in den das deutsche Volk gegen seinen Willen mit einer Uebermacht von Feinden verwickelt ist, kein Verständnis. Am schlimmsten ist in dieser Hinsicht das Verhalten der italienischen Parteipresse. Was zum Beispiel der „Avanti“, das italienische Zentralorgan, an Verlogenheit und Gehässigkeit gegen Deutschland von Beginn des Krieges an geleistet hat, ist wohl selbst von der Presse der Krieg führenden Länder nicht überboten worden. Wir gaben uns trotz alledem immer noch der Hoffnung hin, daß sich wenigstens die italienischen Gewerkschaften von dieser Hetze fernhalten und sich auch in dieser schweren Zeit einen klaren Blick bewahren würden. Leider sehen wir uns darin anscheinend getäuscht. In der neuesten Nummer des Zentralorgans der italienischen Gewerkschaften, der „Confederazione del Lavoro“, findet sich folgender, durch auffälligen Druck besonders hervorgehobener Artikel:

### Teutonische Kultur und Zivilisation.

Die Nachrichten, die aus Belgien, dem interessantesten Kriegsschauplatz, eintreffen, überraschen, rühren und entrüsten. Die Bilder der teutonischen Kultur und Zivilisation begeben Scheußlichkeiten, die unter die niedrigsten und abstoßendsten Grenzen des Erlaubten und Unerlaubten, des Glaublichen und des Unglaublichen herabgehen.

Neutralität, Völkerrechte und Verträge in zynischer und frecher Weise verletzt und aufgehoben; Scharen von Greisen, Weibern und Kindern mit den Bajonetten vor den deutschen Truppen hergetrieben, um auf die Feinde einen erpresserischen Druck auszuüben und sie ungestraft schlagen zu können; Städte dem Boden gleichgemacht und Kunstwerke zerstört; räuberische Brandschatzungen der Städte und der als Geiseln behaltenen Bürger: das sind die großen Kultur- und Zivilisationstaten, die von den teutonischen Vandalen, Barbaren und Briganten in Belgien verrichtet werden.

Es wäre nützlich, zu wissen, was die deutschen Sozialisten und Gewerkschafter denken, sagen und tun diesen Dingen gegenüber; denn es widerstrebt uns, an ihre Einwilligung, Mitschuld und Mitverantwortlichkeit zu glauben.

Aus diesen scheußlichen Taten der Barbarei, des Vandalismus und des Brigantentums enthüllt sich das, was man ironischerweise deutsche Kultur und Zivilisation nennen kann.

Hinweg mit solcher Kultur!

Mit diesem Artikel hat auch in der italienischen Gewerkschaftspresse die Hetze gegen Deutschland, die Verleumdung seiner Heere, die zum großen Teil aus Proletariern bestehen, begonnen. Werden dem Zentralorgan die Blätter der einzelnen Gewerkschaften nachfolgen? Werden auch die italienischen Arbeiter, von denen doch ein großer Teil Deutschland und seine Kultur aus eigener Anschauung kennt, zu Trägern des Hasses gegen Deutschland werden? Es widerstrebt uns, das zu glauben. Einstweilen hat unser italienischer Sekretär in Karlsruhe, Luigi Bossi, an die Redaktion der „Confederazione del Lavoro“ folgenden Brief gesandt:

Karlsruhe, den 7. September 1914.

An die Redaktion der „Confederazione del Lavoro“, Mailand.

Werte Genossen! In der Nummer 310 Seite 658 Eurer Zeitschrift finde ich einen kurzen Artikel unter dem Titel „Cultura e civilta teutonica“, worin Ihr den Wunsch ausdrückt, die Meinung der deutschen Genossen über die Vorgänge in Belgien kennen zu lernen. Ich habe den Artikel übersetzt und ihn der Generalkommission sowie der Redaktion des „Vorwärts“ in Berlin zugesandt, damit sich diese Stellen äußern können.

Zur Sache selbst möchte ich noch bemerken: Wenn Ihr wieder einmal Urteile abgeben wollt über Dinge, die Ihr nicht persönlich untersuchen könnt, dann achtet wenigstens auf die elementarsten Grundsätze jeglicher Rechtspflege, d. h. hört auch den Angeklagten. Wenn die bürgerlichen Zeitungen Italiens unbesehen alle Lügen, die aus Frankreich und England kommen, weiterverbreiten, so ist das schließlich zu erklären, wenn auch nicht zu entschuldigen. Aber niemals dürfte sich ein Arbeiterblatt, und noch dazu ein solches, das, wie das Eure sozusagen an der Spitze der Arbeiterbewegung Eures Landes marschiert, zu gleichem Tun hergeben. Denn es ist eine infame Lüge, wenn behauptet wird, die deutschen Soldaten hätten Weiber und Kinder vor sich hergetrieben.

Woraus schöpft Ihr übrigens Eure Kenntnis der Dinge? Doch wohl nur aus den Meldungen der „Agence Havas“ und der französischen Zeitungen. Warum lest Ihr nicht auch die deutschen Zeitungen? Sind denn die deutschen amtlichen Meldungen und Erklärungen vielleicht weniger glaubhaft als die obenerwähnten Quellen? Bis jetzt hat sich immer noch gezeigt, daß die deutschen Meldungen unbedingtes Vertrauen verdienen, sehr im Gegensatz zu den französischen. Und auch jene infamen Beschuldigungen, die ihr in Eurem Artikel wiederholt, sind schon längst auf ihren wahren Wert zurückgeführt worden.

Weiterhin möchte ich Euch fragen, warum Ihr in Eurem Artikel die Meldungen verschweigt, aus denen hervorgeht, daß die Neutralität Belgiens durch die Franzosen schon verletzt war, ehe noch ein deutscher Soldat die Grenze überschritten hatte? Und warum sagt Ihr nicht, daß die scharfen Maßnahmen des deutschen Heeres in Belgien nur einzig und allein durch das meuchelmörderische Verhalten der dortigen Bevölkerung provoziert worden ist? Ist es vielleicht lateinische Kultur, wenn fanatisierte Weiber den hilflosen Verwundeten die Augen ausstechen?

Und soll ich Euch schildern, wie die Franzosen in Elsaß-Lothringen gehaust haben in der kurzen Zeit, die sie auf deutschem Boden waren?

Meiner Meinung nach läge es im Interesse hauptsächlich der Italiener, wenn Eure Zeitungen etwas mehr Unparteilichkeit walten ließen. Vorausgesetzt natürlich, daß Euch etwas daran liegt, nach dem Kriege die zerrissenen Fäden wieder anzuknüpfen. Sollte Ihr das nicht wünschen, so werden wir natürlich auch darüber hinwegkommen. Ihr könnt Eure Sympathien zuwenden, wem Ihr wollt; aber Eure Berichterstattung sollt Ihr wenigstens objektiv gestalten.

Diese Antwort mag der „Confederazione“ vorläufig genügen. Wir wollen einstweilen annehmen, daß ihre Redaktion das Opfer der englisch-französischen Schwindelnachrichten geworden ist, daß sie das, was sie schreibt, wirklich glaubt und daß ihr Artikel nicht aus purem Haß gegen das deutsche Volk geschrieben ist. Sie ist nun auf ihren Irrtum aufmerksam gemacht, und wir können ruhig abwarten, welche Stellung die italienischen Gewerkschaften und die italienischen Arbeiter weiterhin gegen Deutschland einnehmen. Wir würden es sehr bedauern, wenn sie sich von den in die Welt gesetzten Lügen umnebeln ließen. Ganz besonders würden wir es bedauern, wenn unser allzeit gutes Verhältnis mit dem italienischen Bauarbeiterverband und den organisierten Bauarbeitern Italiens durch diese Hetze getrübt oder gar vernichtet würde. In diesem Sinne hat auch ein Mitglied unseres Vorstandes an den Vorsitzenden unseres italienischen Berufsverbandes, den Kollegen Felice Quaglino einen Brief geschrieben, dem wir folgendes entnehmen:

Hamburg, den 9. September 1914.

An Herrn Felice Quaglino, Turin, Corso Siccardi 12.

Werter Freund Quaglino!

Der gegenwärtige Krieg hat anscheinend nicht nur unsere Verbindung unterbrochen, er scheint auch die lange und bewährte Freundschaft zwischen den deutschen und italienischen Arbeitern zerstören zu wollen. Ich brauche Dir nicht erst zu sagen, wie schwer die Folgen eines solchen Bruches gerade für die Arbeiter des Baugewerbes wären. Seit dem Ausbruche des Krieges wird das deutsche Volk in der italienischen Parteipresse in nichtswürdiger Weise beschimpft. Ich habe . . . die nichtswürdigen Lügen des „Avanti“ noch lange nicht als die Meinung der italienischen Proletarier angesehen. Nun erhalte ich aber heute das Gewerkschaftsorgan „La Confederazione del Lavoro“ und muß da sehen, daß Deutschland auch in diesem Blatte mit Schmähungen überhäuft wird, die die des „Avanti“ fast noch übertreffen. . . . Lieber Freund Quaglino! Ich kann nicht glauben, daß Du die Meinung der „Confederazione“ teilst. Du weißt, daß wir Deutschen weder Briganten noch Barbaren sind, sondern daß wir uns mit unserer Kultur und Gesittung getrost neben jedes andere Volk stellen können. Du hast Deutschland und seine Arbeiterschaft oft kennen gelernt. Du weißt vor allem, wie wir und hier der unglücklichen italienischen Arbeiter angenommen haben, für die in ihrem Vaterlande kein Arzt gebacken wurde; — wie wir sie als Brüder behandelt und für ihre Interessen gewirkt haben. Das tun weder Briganten noch Barbaren. . . .

Unsere Haltung zu den gegenwärtigen Ereignissen ist nach unserer festen Ueberzeugung völlig korrekt. Wir haben unsern ganzen Einfluß für die Erhaltung des Friedens eingesetzt. Wir haben die Gewißheit, daß auch die deutsche Regierung das Meinige getan hat, um den Krieg zu verhindern. Er ist trotzdem gekommen. Er ist gekommen, weil Auslands Eroberungsgier ihn wollte und weil England den Zeitpunkt für gekommen erachtete, unsern friedlichen Wettbewerb um die Absatzgebiete für unsere Industrieprodukte durch einen Weltkrieg unterbrechen zu können. Dieser Schlag aber richtet sich auch, und sogar vornehmlich, gegen die deutsche Arbeiterschaft. Wie sind ein schnellwachsendes Volk, und können uns nur ernähren, wenn wir Industrieprodukte erzeugen und sie gegen Nahrungsmittel anderer Länder eintauschen. Die Verwirklichung der Absichten des englischen Kapitals bedeutet oder würde bedeuten die Verelendung der deutschen Arbeiterschaft, den Zusammenbruch der ganzen deutschen Volkswirtschaft — ein Zusammenbruch, der auch für die italienische Arbeiterbevölkerung, von der alljährlich mehr als 100 000 nach Deutschland zur Arbeit gehen, ein Unglück wäre. Als darum der Krieg zur Tatsache geworden war, konnte es für uns kein Schwanken geben, nun mußte und muß das ganze deutsche Volk zusammenstehen, um sich die Lebensmöglichkeit zu erhalten.

Wir respektieren den Willen des italienischen Volkes, in diesem furchtbaren Kriege neutral zu bleiben und sich die Schrecken zu ersparen, die wir leider erdulden müssen. Aber wir verstehen die Haltung der öffentlichen Meinung Italiens nicht, und wir staunen über die unglaublichen Lügen und Nichtswürdigkeiten, mit denen gerade die Arbeiterpresse Italiens unser Volk überschüttet.

Wir appellieren an Dich, Freund Quaglino, an Deine Klugheit und an Dein Gerechtigkeitsgefühl, daß Du versuchst, die durch und durch falschen Ansichten, wie sie uns in den erwähnten Zeitungen zu Gesicht kommen, zu berichtigen.

Eine Antwort auf diesen Brief ist bis jetzt noch nicht eingegangen.

## Schandtafel für Unternehmer, die den Krieg zur Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ausnutzen.

**Adorf.** Die Firma Enders aus Treuen, die in Bad Elster Arbeiten ausführt, kürzt den Lohn um 7 ₰ pro Stunde.

**Freiwalden.** Der Unternehmer Huckauf, der hier zurzeit größere Arbeiten in der Tonwarenfabrik „Aktiengesellschaft Sturm“ ausführt, bekundet seinen Patriotismus dadurch, daß er einen Teil des Lohnes, den er seinen Maurern zahlen sollte, in die eigene Tasche steckt. Der Stundenlohn beträgt 47 ₰. Herr Huckauf aber erklärt: „Wer für 40 ₰ nicht arbeiten will, kann es lassen.“

**Gr.-Nossen bei Striegau.** Der Maurermeister Hönig zahlt statt des Tariflohns von 44 ₰ nur 39 ₰.

**Hamm.** Unternehmer Pohlmann in Rheda zahlt statt des Tariflohnes von 58 ₰ nur noch 49 ₰.

**Lengenfeld.** Der Unternehmer Carl Scharschmidt ist auch einer von denen, die den Arbeitern in der jetzigen Zeit den vollen Lohn nicht zahlen. Jedem Beschäftigten zieht er pro Stunde 10 ₰ ab.

**Senftenberg.** Die Firma Dümpert & Hauke aus Cottbus, die im hiesigen Tarifgebiet Arbeiten ausführt, weigert sich, den Tariflohn zu zahlen. Sie entlohnt ihre Arbeiter nach dem Cottbuser Tarif, dessen Löhne um 6 ₰ niedriger sind. Da es sich hier um Bahnarbeit handelt, wandte man sich an die betreffende Bauleitung, die hoffentlich eingreift. — Die Unternehmer Stendel und Müller aus Neupetzow, die in Neu-Petershain den Bau einer Glashütte und der zugehörenden Arbeiterwohnungen ausführen, zahlen nach dem Ausbruch des Krieges nicht mehr den Tariflohn, sondern stecken jede Stunde von den Maurern und Hilfsarbeitern 6 bis 8 ₰ pro Mann in ihre eigene Tasche.

**Solingen.** Der Unternehmer Quideck hat den bei ihm beschäftigten Leuten den Lohn um 9 bis 14 ₰ pro Stunde gekürzt mit dem Hinweis, er könne nicht mehr zahlen; es gäbe Maurer und Hilfsarbeiter genug, die gerne für 60 beziehungsweise 45 ₰ arbeiteten.

**Trier.** Der Unternehmer Bock von hier hat den Stundenlohn für Maurer um 8 ₰, und zwar von 58 auf 50 ₰ und den der Hilfsarbeiter von 43 auf 36 bis 37 ₰ herabgesetzt. Da es sich um die Arbeiten am neuen städtischen Wasserwerke in Kenn handelt, ist die Organisationsleitung bei dem Oberbürgermeister von Bruckhausen vorstellig geworden, der auch versprach, den Unternehmer Bock zur Zahlung des Tariflohnes zu verpflichten, den er auch vor der Mobilmachung gezahlt hat. Der Unternehmer hat nun in der vorigen Woche die Arbeit eingestellt. Wie sich dieser Mann in einer Zeit, wo das ganze deutsche Volk Opfer bringen muß, zu bereichern sucht, ergibt sich daraus, daß er keinen seiner Arbeiter bei der Krankenkasse angemeldet hatte, um den auf ihn entfallenden Teil der Kassenbeiträge zu sparen.

*

Wir ersuchen jene Zweigvereinsvorstände, die über Verschlechterung der tariflichen Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Unternehmer berichten, uns gleichzeitig mitzuteilen, ob die betreffenden Firmen dem Arbeitgeberverbande angehören oder nicht. Sofern derartige Firmen Mitglieder des Bundes sind, erfolgt die Bekanntmachung im „Grundstein“ erst dann, wenn ein Eingreifen des Bundesvorstandes erfolglos war. Die Namen der unorganisierten Firmeninhaber, bei denen jedenfalls schon am Orte alles versucht wurde, um sie zur Tariftreue zu bewegen, veröffentlichen wir sofort.

## „Laßt die Gefangenen Häuser bauen!“

Diesen Vorschlag macht im „Berliner Tageblatt“ allen Ernstes Herr W. Baedeker. Um die Gefangenen nicht faulenzen zu lassen und um sie nicht gratis füttern zu brauchen, verlangt er, daß Staat und Großgrundbesitzer Oedländereien zur Verfügung stellen, die von Gefangenen urbar gemacht, bepflanzt, besät und feld- und gartenmäßig hergerichtet werden sollen. Die Handwerker unter den Gefangenen sollen „Häuser bauen, Straßen anlegen und pflastern, Brunnen bohren und kanalisieren, Inventar und Möbel anfertigen — kurz, ganze Dörfer und kleine Städte aus dem Nichts durch ihrer Hände Arbeit schaffen.“ In diesen Ortschaften will Herr Baedeker die heimkehrenden Invaliden ansiedeln, die ihren Beruf aufgeben und ihre Tätigkeit auf ein enges Gebiet einschränken müssen.

„Wie diesen — so sagt er — denen ein Arm oder ein Bein fehlt, gäbe nicht zum Beispiel eine kleine Geflügelzucht oder ein ähnlicher landwirtschaftlicher Spezialbetrieb den Anfangspunkt zu neuem Erwerbe, der um so nutzbringender sein könnte, als man von vornherein der Mitarbeit aller Sachverständigen und bestehenden Organisationen sicher wäre, und als man Betriebs- und Absatzorganisationen, da es sich um eine ganze Anzahl von Neuansiedlungen handelt, von vornherein schaffen könnte. Und ließen sich nicht auch ganze kleine Städte schaffen, die neben der Behausung auch Beschäftigung für diejenigen böten, die ländlichen Verhältnissen fremd gegenüberstehen. Man denke sich zum Beispiel eine kleine Gartenstadt mit einem industriellen Mittelpunkt, der den meisten Einwohnern zu einer angemessenen Heimarbeit verhülfe. Wie viele Existenzen fänden dort unter auf sie zugeschnittenen und für sie geeigneten Lebensbedingungen die Basis zu neuem Gedeihen! Auch könnte man solche Städtchen noch anderweitig unterstützen: durch die Verlegung staatlicher Institute oder einer kleinen Garnison und auf ähnliche Weise. Müßte man sich nicht Hervorragendes von einer Truppe versprechen, die in einer Garnison von Kriegsteilnehmern aufwächst? Uebrigens brauchten die Häuser eines solchen Ortes nicht ausschließlich an Invaliden abgegeben zu werden. Sie würden gewiß auch von andern Personen gern zu angemessenen Preisen erworben werden, und es ergäbe sich so die Möglichkeit zur Ansiedlung solcher Personen, die als Gesunde Arbeitet ausführen können, die dem Invaliden unmöglich sind. Nur müßte man natürlich voraussetzen, daß der

15 14 13 12 11 10 9 8 7 6
mikrofilm service münster + g. gutt KG essen + köln
gerd gutt KG otto-hahn-straße 21 postfach 41 02 49 4400 münster/westf.

Erlös aus derartigen Verkäufen wiederum den Fonds zur Unterstützung der Invaliden zugute käme. Alle diese Neugründungen bedürften wieder der Verwaltung — wieder eine Gelegenheit zu weiterer Verwendung verwundeter Kriegsteilnehmer! So ergäbe sich denn aus der Arbeitsleistung der Kriegsgefangenen ein hoher Wert, der diejenige Summe beträchtlich erhöhen würde, die das Reich seinen Invaliden wird zur Verfügung stellen müssen."

Das wäre in der Tat ein ganz famoser Plan, wenn — es keine arbeitslosen Bauarbeiter mehr gäbe, deren Not sie gegen die Beschäftigung von Kriegsgefangenen Einspruch erheben läßt. Herr Baedeker meint zwar, die Verwendung der Arbeitskraft der Kriegsgefangenen schüfe keine Konkurrenz für die einheimischen Arbeiter, sondern würde im Gegenteil noch manchem zu Beschäftigung verhelfen, weil doch nicht alles von den Gefangenen hergestellt werden könne. Aber da befindet er sich sehr im Irrtum. Die Familien, die die von den Gefangenen zu erbauenden Häuser, Dörfer und Städte besiedeln sollen, müßten doch ihre bis jetzt innegehabten Wohnungen verlassen. Der dadurch eintretende Wohnungsüberfluß würde sich selbstverständlich in einem noch jahrelang fühlbaren Nachlassen der Wohnungsbautätigkeit bemerkbar machen und die Bauarbeiter trügen in Form von Arbeitslosigkeit für diese Art von Sozialpolitik die Kosten. Es ist ja schlimm, daß die Arbeitskraft der Gefangenen nicht nutzbar gemacht werden kann, und die Gefangenen selbst würden wohl eine nicht allzu sehr anstrengende Arbeit dem langweiligen Nichtstun vorziehen; aber so lange die Arbeitslosigkeit unter der Arbeiterschaft so ungeheuer groß ist wie gegenwärtig, müssen wir verlangen, daß durch die vorhandene Arbeit zunächst einmal diese Arbeitslosigkeit gemildert und die Kraft und Gesundheit unseres eigenen Volkes nicht durch Hunger unnütz vergeudet wird.

## Die Berichterstattung an das Fachorgan.

In der letzten Zeit haben unsere Zweigvereine die Berichterstattung an das Fachorgan arg vernachlässigt, und auch von unsern Bezirksleitern haben wir so gut wie nichts über die Verhältnisse in ihren Bezirken erfahren. Das mag vielleicht darauf zurückzuführen sein, daß man bei dem derzeitigen kleinen Umfang der Zeitung auf die Veröffentlichung längerer Berichte doch nicht hoffen kann. Dieser Standpunkt ist aber durchaus unrichtig. Die Redaktion des Fachorgans muß über das Organisationsleben unter allen Umständen unterrichtet sein, weil sie sonst die notwendige Uebersicht über das Organisationsleben verliert und ihre Aufgabe gegenüber dem Verbande und der Gesamtkollegenschaft nicht erfüllen kann. Die Berichterstattung während des Krieges ist um so notwendiger, weil sich gerade jetzt in unserer Organisation und in dem Verhältnis zu den Unternehmern, ferner in dem Verhalten der Behörden, der Staaten und Gemeinden zur Arbeiterbewegung sehr viel ereignet, was auch über den Krieg hinaus seine Bedeutung behält und deshalb in der Zeitung dauernd festgehalten zu werden verdient. Aber selbst das, was wir aus Raummangel nicht veröffentlichen können, trägt doch zur Gewinnung eines sicheren Urteils der Redaktion und des Vorstandes über alles bei, was mit unserer Organisation zusammenhängt und wird dieser und den Kollegen zugute kommen. Deshalb erwarten wir, daß wir von unsern Bezirksleitern und Zweigvereinen fortan wieder über alle wichtigen Vorkommnisse in ihren Wirkungskreisen unterrichtet werden.

## Die unpolitischen Gewerkschaften.

Die Feinde der freien Gewerkschaften haben in den letzten Jahren alles aufgeboten, um diesen Teil der Arbeiterbewegung unter den politischen Paragraphen des Reichsvereinsgesetzes zu bekommen. Mit den verschiedensten Begründungen sind tatsächlich eine Anzahl Zweigvereine von Verbänden für politisch erklärt worden. Stark gefördert wurden diese Bestrebungen vom Berliner Polizeipräsidenten v. Jagow, der sich bemühte, nicht nur die Zahlstellen, sondern die Zentralverbände selbst dem politischen Paragraphen des Reichsvereinsgesetzes zu unterstellen. Anfang April dieses Jahres erließ er in Berlin eine Verfügung an den Deutschen Holzarbeiterverband, den Deutschen Landarbeiterverband, den Deutschen Transportarbeiterverband sowie an die Berliner Zahlstellen des Metallarbeiterverbandes, des Fabrikarbeiterverbandes und des Zentralverbandes der Zimmerer, wonach diese sechs Gewerkschaften als politische Vereine anzusehen und deshalb ihre Satzungen sowie ein Verzeichnis ihrer Vorstandsmitglieder einzureichen verpflichtet seien. Die sechs Verbände erhoben gegen diese Verfügungen Klage beim Bezirksausschuß. Diese Klagen haben ihre Erledigung jetzt dadurch gefunden, daß der Polizeipräsident nach der dem Anwalt der sechs Verbände gemachten Mitteilung die Zurücknahme der Verfügungen angeordnet hat. Wie diese Zurücknahme aufzufassen ist, zeigt folgende amtliche Erklärung, die von WTB. verbreitet wird:

„Der gegenwärtige Krieg entflammte das deutsche Volk ohne Unterschied des Standes und der Partei zur einmütigen Erhebung. Gegenüber dieser gewaltigen Kundgebung nationaler Entschlossenheit tritt alles zurück, was das Gefühl der Einheit des ganzen deutschen Volkes beeinträchtigen könnte. Es erscheinen viel Streitfragen des öffentlichen Rechts. Mag ihre Erklärung in Friedenszeiten noch so bedeutsam sein, in den gegenwärtigen Zeitläuften sind sie unwesentlich. Der Minister des Innern wies daher die Verwaltungsbehörden an, daß es jetzt von größerem Werte sein müsse, die Einheit der Nation und ihr großmütiges Streben ungestört zu lassen, als unbedeutenden Einzelfragen des Rechts zum Sieg zu verhelfen. Demzufolge werden die Behörden ersucht, in allen geeigneten Fällen die bei den Verwaltungsgerichten anhängigen Streitsachen dadurch zur Erledigung zu bringen, daß die angefochtenen polizeilichen Verfügungen zurückgenommen oder auf eine andere Weise die Beteiligten klaglos gestellt werden. Ebenso veranlaßte der Minister des Innern, daß die beim Oberverwaltungsgericht anhängigen Ordnungsstrafen, welche gemäß § 15 des Disziplinargesetzes gegen unmittelbare und mittelbare Staatsbeamte seines Ressorts wegen der vor dem 1. August begangenen Verfehlungen verhängt sind, niedergeschlagen werden. Alle diese, der Größe und dem Ernst der Zeit Rechnung tragenden Maßnahmen lassen natürlich nicht die Deutung zu, daß in den betreffenden Einzelfällen der von den Behörden bisher vertretene Rechtsstandpunkt nunmehr aufgegeben worden sei."

## „Grundstein" und pommerscher Bauherrenverband.

In Nummer 16 des „Grundstein" kritisierten wir in einem Artikel, betitelt „Terrorisiren überall", das Vorgehen des pommerschen Bauherrenverbandes gegen unsere Mitglieder. An der Hand von Schriftstücken legten wir dar, daß die Vorstände der Grundbesitzervereine von Greifenberg i. P. und Treptow a. d. R. die Unternehmer durch Anwendung terroristischer Mittel zwangen, unsere Mitglieder zu entlassen. Sie verschickten an die Unternehmer ein Schreiben des Inhalts, daß sie beschlossen hätten, nur solchen Unternehmern die Ausführung von Bauten zu übertragen, die „sozialdemokratisch" organisierte Arbeiter, d. h. Mitglieder unseres Verbandes, nicht beschäftigten. Ferner erteilte der Magistrat der Stadt Treptow a. d. R. einem Unternehmer nur unter der Bedingung den Auftrag zur Ausführung einer Arbeit, daß Angehörige des Deutschen Bauarbeiterverbandes nicht beschäftigt werden dürften. Gegen diesen Terrorismus forderten wir unsere pommerschen Kollegen in dem Artikel zum Kampf mit allen gesetzlich nicht mit Strafe bedrohten Mitteln auf. Die pommerschen Bauarbeiter, so sagten wir, wären Hundsfötter, wenn sie die Bemühungen der Leute vom Bauherrnverband nicht zu parieren wüßten. Sie brauchten in dem gegen sie mit den verwerflichsten Mitteln geführten Kampf nicht besonders wählerisch zu sein; die Mitglieder des Bauherrnverbandes müßten darauf rechnen, daß man ihnen gegenüber Mittel anwende, die man gegen einen weniger brutalen Gegner nicht anwende. Schließlich hieß es wörtlich: „Dem Bauherrnverband aber möchten wir raten, die deutschen Arbeiter nicht zur Anwendung der Kampfmittel der französischen Syndikalisten, der passiven Resistenz und der Sabotage zu zwingen; denn das würde ihnen selbst am Ende nicht angenehm sein!"

Wegen dieses Artikels und besonders wegen des letzten Satzes erstattete der Geschäftsführer des Bauherrnverbandes, ein gewisser Herr Schneider in Stettin, Anzeige. Der Satz sollte im Zusammenhang mit dem übrigen Inhalt des Artikels eine Drohung enthalten, nämlich die Drohung, daß unsere Mitglieder bei Fortsetzung des Kampfes durch den Bauherrnverband gegen diesen strafbare Mittel anwenden würden. Tatsächlich erhielt der verantwortliche Redakteur des „Grundstein", A. Elsinger, eine Anklage wegen Nötigung, über die am 18. September vor dem Schöffengericht in Hamburg verhandelt wurde. Der Angeklagte erklärte, für den unter Anklage gestellten Artikel verantwortlich zu sein und ihn auch verfaßt zu haben. Als Redakteur des Verbandsorgans habe er die Pflicht, das terroristische Vorgehen des Bauherrnverbandes gegen unsern Verband und seine Mitglieder aufs schärfste zu bekämpfen. Eine Bedrohung des Bauherrenverbandes habe ihm jedoch ferngelegen; er habe in dem Artikel doch ausdrücklich gesagt, die Mitglieder des Bauarbeiterverbandes sollten gegen den Bauherrnverband alle gesetzlich nicht mit Strafe bedrohten Mittel anwenden. Die Annahme, der Redakteur einer deutschen Gewerkschaftszeitung fordere die Mitglieder seiner Gewerkschaft zur Sabotage auf, sei geradezu absurd. Es sei doch allgemein bekannt, daß die deutschen Gewerkschaften die Anwendung der Kampfmittel der französischen Syndikalisten seit Jahren aufs schärfste bekämpften. Auch er habe im „Grundstein" wiederholt gegen die Anwendung dieser Kampfmittel geschrieben. Er habe mit der unter Anklage gestellten Wendung lediglich sagen wollen, durch den Terrorismus des Bauherrnverbandes würden möglicherweise Arbeiter gegen den Willen der Gewerkschaft zur Anwendung von Kampfmitteln getrieben, die er nicht billigen würde und die auch dem Bauherrenverband nicht angenehm wären.

Zum Beweis dafür, daß er kein Freund der französischen Kampfmittel sei, legte Elsinger mehrere von ihm geschriebene ältere Artikel des „Grundstein" vor, in denen er vor der Anwendung dieser Kampfmittel gewarnt hat. Der Staatsanwalt hielt trotzdem die Anklage aufrecht. Er meinte, der unter Anklage gestellte Artikel müsse für sich betrachtet werden; was der „Grundstein" früher geschrieben habe, sei belanglos. Der Artikel enthalte eine Drohung in verschleierter Form. Er beantrage deshalb eine Geldstrafe von ℳ 50. — Diesen Ausführungen trat Rechtsanwalt Dr. Suse in längeren Ausführungen entgegen. Das Gericht sprach den Angeklagten nach kurzer Beratung kostenlos frei, da es nicht erwiesen sei, daß der unter Anklage gestellte Satz eine Nötigung enthalte. Es sei gerichtsbekannt, so sagte der Vorsitzende, Amtsrichter Dr. Heinemann, daß die deutschen Gewerkschaften die Anwendung der französischen Kampfmittel nicht billigten.

## Bekanntmachung des Vorstandes.

**Die Abrechnungsformulare für das dritte Quartal** werden am 28. September an die Vorsitzenden der Zweigvereine verschickt. Die Kassierer wollen sie dort in Empfang nehmen.

Vom 7. bis 20. September haben folgende Zweigvereine Geld an die Hauptkasse gesandt: Aue ℳ 600, Anklam 300, Aschersleben 700, Braunschweig 32,50, Bielefeld 1,20, Cuxhaven 600, Crivitz 44,40, Darmstadt 1300, Dahme 31,86, Flensburg 4,65, Frankenberg i. S. 500, Gadebusch 480, Geesthacht 200, Husum 200, Jena 800, Kiel 1300, Köpenik 37, Leisnig 400, Lübz i. Mecklb. 300, Landsberg a. d. W. 500, Münster i. W. 500, Norderney 225,45, Osnabrück 1000, Oldenburg i. Gr. 11,30, Patschkau 41,06, Prenzlau 200, Radegast 90, Rotenburg i. Hann. 133,70, Strasburg i. Westpr. 26,40, Schwaan 200, Waldheim 200, Wilhelmshaven 1400, Werder 250.

**Protokolle:** Oldenburg i. Gr. ℳ 4. **Kalender:** Greiz ℳ 50. **Das Wesen des Deutschen Bauarbeiterverbandes:** Greiz ℳ 10. **„Grundstein"-Decke:** Greiz ℳ 1,10.

**Der Verbandsvorstand.**

## Abrechnung des Deutschen Bauarbeiterverbandes für das zweite Quartal 1914.

### Einnahme in den Zweigvereinen.

| | | |
|---|---|---|
| Vom ersten Quartal am Orte verbliebene Hauptkassengelder | ℳ | 36060,76 |
| An wöchentlichen Beiträgen | „ | 2025086,80 |
| Für Interimsbücher | „ | 8290,35 |
| „ Ersatzbücher | „ | 195,60 |
| Zuschuß aus der Hauptkasse: | | |
| a) Arbeitslosenunterstützung | „ | 65704,— |
| b) Rechtsschutz, Kranken- und Sterbeunterstützung usw. | „ | 9243,43 |
| c) Streiks und Bausperren | „ | 149248,40 |
| An sonstigen Einnahmen für die Hauptkasse | „ | 703,11 |
| Summa | ℳ | 2294532,45 |

### Ausgabe in den Zweigvereinen.

| | | |
|---|---|---|
| An die Hauptkasse eingesandt für Beiträge, Interims- und Ersatzbücher | ℳ | 1265016,12 |
| Für Streiks und Bausperren | „ | 245927,95 |
| „ Reiseunterstützung an Streikende | „ | 1913,62 |
| „ „ laut § 53 des Statuts | „ | 9317,70 |
| „ Unterstützung an Arbeitslose | „ | 362280,05 |
| „ „ in Krankheitsfällen | „ | 296696,68 |
| „ Rechtsschutz | „ | 13919,07 |
| „ Unterstützung an Gemaßregelte | „ | 6232,20 |
| „ „ in Sterbefällen | „ | 54650,70 |
| Anteil der Zweigvereine von den rückständigen Beiträgen vom Jahre 1913 | „ | 800,27 |
| Hauptkassengelder am Orte behalten | „ | 38330,75 |
| Verluste in den Zweigvereinen | „ | 447,34 |
| Summa | ℳ | 2294532,45 |

### Einnahme in der Hauptkasse.

| | | |
|---|---|---|
| Kassenbestand vom ersten Quartal | ℳ | 8218,13 |
| An die Hauptkasse gesandt: | | |
| a) Für Beiträge und Interimsbücher | „ | 1265016,12 |
| b) „ Kalender | „ | 434,— |
| c) „ Protokolle | „ | 216,60 |
| d) „ das Wesen des D. B.-V. | „ | 2922,55 |
| e) „ verschiedene Bücher | „ | 121,— |
| f) „ „Grundstein"-Einbände und -Decken | „ | 33,80 |
| g) „ Futterale | „ | 11,— |
| Von Einzelzahlern bei der Hauptkasse | „ | 1625,09 |
| Zinsen belegter Kapitalien | „ | 96233,02 |
| Von hingesandter Streikunterstützung zurückgesandt | „ | 3160,40 |
| Rückvergütung von Auer & Co. | „ | 6961,— |
| Summa | ℳ | 1384959,71 |

### Ausgabe in der Hauptkasse.

| | | |
|---|---|---|
| Für das Verbandsorgan | ℳ | 65970,78 |
| „ Zeitungen in fremden Sprachen | „ | 5396,78 |
| „ Agitation, an die Bezirkskassen und allgemeine Agitation | „ | 69344,66 |
| „ Flugblätter | „ | 680,35 |
| „ Gehaltszuschuß an die Zweigvereinsbeamten | „ | 22338,55 |
| „ Zuschuß an die Zweigvereine: | | |
| a) Arbeitslosenunterstützung | „ | 65704,— |
| b) Rechtsschutz, Gemaßregelten- und Krankenunterstützung | „ | 9243,43 |
| c) Streiks und Sperren | „ | 149248,40 |
| „ Verhandlungen und Schiedsgerichtssitzungen | „ | 1014,97 |
| „ Konferenzen, Sitzungen und Vertretung auf Verbandstagen | „ | 5431,30 |
| „ Beitrag an die Generalkommission | „ | 6181,84 |
| „ Bibliothek | „ | 310,65 |
| „ Schriften | „ | 3833,55 |
| „ Futterale | „ | 1750,— |
| „ sachliche Verwaltungskosten: | | |
| a) Mitgliedsbücher | „ | 2857,— |
| b) Aufnahmescheine | „ | 300,— |
| c) Statuten | „ | 450,80 |
| d) Mitgliederverzeichnisse | „ | 67,50 |
| e) Registerkarten | „ | 422,— |
| f) Karteireiter | „ | 4058,25 |
| g) Verzeichnisse über versandte Marken | „ | 922,— |
| h) Adressenverzeichnisse | „ | 800,— |
| i) Reiseblocks | „ | 1725,— |
| k) Stimmzettel | „ | 211,90 |
| l) Drucksachen für Unterstützungen | „ | 903,— |
| m) „ „ Statistik | „ | 267,50 |
| n) „ „ Abrechnung | „ | 45,— |
| o) Karten, Zirkulare usw. | „ | 424,50 |
| p) Quittungsmarken | „ | 1032,50 |
| q) Buchbinderarbeiten | „ | 92,20 |
| r) Stempel und Zubehör | „ | 344,02 |
| s) Bureaumiete, Reinigung und Licht. | „ | 4577,24 |
| t) Bureauutensilien und Zeitungsabonnements | „ | 9737,79 |
| u) Porto, Strafporto, Bestellgeld usw. | „ | 4383,43 |
| v) Fernsprechgebühren | „ | 121,25 |
| „ persönliche Verwaltungskosten: | | |
| a) Gehalt der Angestellten | „ | 11562,— |
| b) „ „ Bureauhilfsarbeiter | „ | 13749,70 |
| c) Versicherung: Unterstützungskasse usw. | „ | 15007,52 |
| d) Revisionen | „ | 56,25 |
| e) Sitzungen und sonstige Unkosten des Verbandsausschusses | „ | 425,— |
| f) Mankogeld an den Kassierer | „ | 75,— |
| Belegte Gelder | „ | 777448,32 |
| Summa | ℳ | 1257815,88 |

### Bilanz.

Einnahme ..... ℳ 1384952,71
Ausgabe ..... „ 1257815,88
Kassenbestand ... ℳ 127136,83

Hamburg, den 20. September 1914.

**Herm. Kober,** Kassierer.

Vorstehender Rechnungsabschluß ist von uns revidiert und mit den Kassenbüchern und Belegen übereinstimmend befunden. Das Verbandsvermögen ist uns nachgewiesen beziehungsweise vorgelegt worden.

Die Revisoren:

Wilh. Albrecht. H. Marks. S. Levy.

## Abrechnung der Jugendabteilung vom zweiten Quartal 1914.

| Bezirk | Zahl der Jugendabteilungen | Zahl der Mitglieder | Verbrauchte Marken d à 10 ₰ | Verbrauchte Marken d à 20 ₰ | Gesamteinnahme ℳ | ₰ | Ausgabe: An die Hauptkasse eingesandt ℳ | ₰ | Unterstützt in Krankheitsfällen ℳ | ₰ | Für Verwaltung ℳ | ₰ | Gesamtausgabe ℳ | ₰ |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1 | 3 | 143 | 1578 | — | 157 | 80 | 157 | 80 | — | — | — | — | 157 | 80 |
| 2 | 3 | 38 | 128 | 168 | 46 | 40 | 46 | 40 | — | — | — | — | 46 | 40 |
| 3 | 4 | 58 | 894 | 50 | 99 | 40 | 89 | 10 | — | — | 10 | 30 | 99 | 40 |
| 4 | 13 | 320 | 3113 | 336 | 378 | 50 | 333 | 90 | 4 | 50 | 40 | 10 | 378 | 50 |
| 5 | 7 | 140 | 1402 | 9 | 142 | — | 139 | 23 | — | — | 2 | 77 | 142 | — |
| 6 | 14 | 179 | 2303 | 10 | 232 | 30 | 230 | 30 | — | — | 2 | — | 232 | 30 |
| 7 | 13 | 174 | 2302 | — | 230 | 20 | 226 | 95 | — | — | 3 | 25 | 230 | 20 |
| 8 | 7 | 149 | 1020 | 637 | 229 | 40 | 229 | 40 | — | — | — | — | 229 | 40 |
| 9 | 10 | 119 | 585 | 709 | 200 | 30 | 195 | 70 | — | — | 4 | 60 | 200 | 30 |
| 10 | 12 | 169 | 1086 | 459 | 200 | 40 | 194 | 99 | — | — | 5 | 41 | 200 | 40 |
| 11 | 7 | 95 | 1389 | 5 | 139 | 90 | 137 | 35 | — | — | 2 | 55 | 139 | 90 |
| 12 | 5 | 150 | 1581 | 140 | 186 | 10 | 162 | 85 | — | — | 23 | 25 | 186 | 10 |
| 13 | 15 | 265 | 3869 | 27 | 372 | 30 | 299 | 03 | 6 | — | 67 | 27 | 372 | 30 |
| 14 | 8 | 64 | 1028 | — | 102 | 80 | 102 | 80 | — | — | — | — | 102 | 80 |
| 15 | 10 | 314 | 3485 | 211 | 390 | 70 | 348 | 30 | — | — | 42 | 40 | 390 | 70 |
| 16 | 19 | 524 | 8222 | 168 | 855 | 80 | 807 | 01 | 3 | — | 45 | 79 | 855 | 80 |
| 17 | 7 | 88 | 694 | 181 | 105 | 60 | 104 | 47 | — | — | 1 | 13 | 105 | 60 |
| 18 | 3 | 174 | 1499 | 208 | 191 | 50 | 155 | 25 | 5 | — | 31 | 25 | 191 | 50 |
| 19 | 5 | 78 | 509 | 230 | 96 | 90 | 96 | 90 | — | — | — | — | 96 | 90 |
| 20 | 6 | 413 | 1686 | 1733 | 515 | 20 | 452 | 93 | 5 | 75 | 56 | 52 | 515 | 20 |
| 21 | 4 | 108 | 250 | 694 | 163 | 80 | 163 | 80 | — | — | — | — | 163 | 80 |
| | 175 | 3762 | 38423 | 5975 | 5037 | 30 | 1674 | 46 | 24 | 25 | 338 | 59 | 5037 | 30 |

### Einnahme.

Bestand vom ersten Quartal ..... ℳ 8760,84
Beiträge im zweiten Quartal ..... „ 5037,30
Zinsen ..... „ 39,40
Summa ... ℳ 13837,54

### Ausgabe.

Für die „Arbeiter-Jugend" ..... ℳ 1025,37
Unterstützung in Krankheitsfällen ..... „ 24,25
Verwaltung der Jugendabteilungen ..... „ 338,59
Bestand am Schlusse des zweiten Quartals ..... „ 12449,33
Summa ... ℳ 13837,54

Hamburg, den 20. September 1914.

**Herm. Kober,** Kassierer.

Revidiert und für richtig befunden.

Die Revisoren:

H. Marks. S. Levy. Wilh. Albrecht.

## Vom Bau.

**Unfälle.** Vor einiger Zeit mußte der Kollege Heinrich Feindt in Neuenfelde (Zweigverein Buxtehude) bei einem Bauunfall sein Leben lassen. Beim Ausschalen einer Senkgrube bei der Firma Büllsing aus Stade stürzte die Betondecke in sich zusammen. Als seine Arbeitskollegen eine halbe Stunde später den Schutt weggeräumt hatten, war bei Feindt, der erst 18½ Jahre alt war, bereits der Tod eingetreten. — In Frankenberg stürzte am Neubau der Trainkaserne bei der Firma Wiesel Nachfolger aus Chemnitz der Hilfsarbeiter Reismann mit einer Lori 9 m tief ab. Schwerverletzt brachte man ihn ins Krankenhaus. — Beim Bau der Eisenbahnbrücke in Cöthen hatten drei Lehrlinge auf Anordnung des Poliers die Verbindungsklammern des Gerüstes gelöst, ehe sich die beim Bau beschäftigten Zimmerleute in Sicherheit bringen konnten. Das Gerüst stürzte zusammen und begrub die Leute unter sich, von denen mehrere Verletzungen erlitten haben. Einigen wurde das Schlüsselbein zerschlagen und andere trugen innere Verletzungen davon. Der Platz wurde polizeilich gesperrt. — Bei der Gewerkschaft „König Ludwig" in Recklinghausen stürzte der Bautechniker Greve von einem Neubau ab. Mit Quetschungen und Verstauchungen wurde er ins Krankenhaus gebracht.

**Staatliche Bauarbeiten während des Krieges in Bayern.** Durch Zufall erhielten wir Kenntnis davon, daß die bayerische Regierung bereits vor einiger Zeit Bestimmungen über die Fortführung der staatlichen Bauarbeiten erlassen hat. Danach sind 1. bereits begonnene Neu- und Erweiterungsbauten oder Bauunterhaltungsarbeiten, die im Eigenbetriebe des Staates ausgeführt werden, fortzuführen, soweit hierfür die erforderlichen Arbeitskräfte beschafft werden können. (An Arbeitskräften wird es jetzt wohl nirgends fehlen. Die Redaktion.) 2. Bereits begonnene Neu- und Erweiterungsbauten oder Bauunterhaltungsarbeiten, die durch Unternehmer ausgeführt werden, sind gleichfalls fortzuführen. Sind Unternehmer infolge der Verhältnisse außerstande, ihren Verpflichtungen nachzukommen, so ist hierüber an das Ministerium zu berichten. 3. Noch nicht begonnene Unterhaltungsarbeiten, die bereits genehmigt sind, sind in der genehmigten Weise auszuführen. 4. Noch nicht begonnene Neu- und Erweiterungsbauten, für die im ordentlichen oder außerordentlichen Budget die Mittel bewilligt sind, werden nach Möglichkeit ausgeführt werden. 5. Bei der Vergebung der Arbeiten ist darauf Bedacht zu nehmen, daß hieran möglichst viele Unternehmer beteiligt werden. Insbesondere ist auch auf die kleineren Unternehmer Rücksicht zu nehmen. Zu diesem Zwecke sind die Arbeiten in möglichst kleinen Losen zu vergeben. Eine Vergebung in Generalunternehmung hat bis auf weiteres grundsätzlich zu unterbleiben. Die kleineren Unternehmer sind insbesondere bei der Vergebung von Unterhaltungsarbeiten sowie von sonstigen Arbeiten zu berücksichtigen, bei denen größere maschinelle Vorrichtungen entbehrt werden können. Den Unternehmern ist zur Pflicht zu machen, daß sie bei der Ausführung der Arbeiten auf die Verwendung einer möglichst großen Anzahl von Arbeitern Bedacht nehmen. 6. Die vorstehenden Grundsätze gelten entsprechend auch für die innere Einrichtung der Neu- und Erweiterungsbauten sowie für alle sonstigen Arbeiten und Lieferungen für den Staat. Anschließend hieran werden nachfolgende weitere Verfügungen getroffen: 7. Abschlagszahlungen dürfen bis auf weiteres auch ohne Genehmigung der vorgesetzten Stelle gewährt werden. 8. Sobald die Schlußabrechnung beiderseits anerkannt ist, ist die Schlußzahlung ungesäumt anzuweisen. 9. Sicherheitsleistungen, auf die nach den §§ 35, 36 der Vergebungsvorschriften hätte verzichtet werden können, sind unverzüglich freizugeben. Das gleiche gilt für Sicherheitsleistungen, die nach der Prüfung der geleisteten Arbeiten und Lieferungen nicht mehr erforderlich sind. Bei allen übrigen Sicherheitsleistungen ist zu würdigen, wieweit sie ohne Schädigung der staatlichen Interessen vor Ablauf der vertragsmäßigen Hinterlegungsfrist teilweise freigegeben werden können; hiernach ist das Weitere ungesäumt zu veranlassen. 10. Die Bestimmungen in Ziffer 7, 8 und 9 gelten auch für den Bereich der Verkehrsverwaltung. Im übrigen verbleibt es vorerst bei dem Erlasse des Verkehrsministeriums vom 3. August, da die Verkehrsverwaltung gezwungen ist, bei ihren Maßnahmen in erster Linie auf die ihr im Interesse der Schlagfertigkeit des Heeres obliegenden besonderen Aufgaben Rücksicht zu nehmen.

**Beschäftigung im Baugewerbe.** Die Beschäftigung im Frankfurter Baugewerbe zeigt nach der „Frankf. Ztg." neuerdings eine erfreuliche Zunahme. Während am 25. August in Frankfurt an 211 Bauten gearbeitet wurde, ist bis zum 5. September die Zahl der Bauten auf 247 gestiegen, also um 36 gewachsen. Entsprechend hat sich auch die Zahl der beschäftigten Arbeiter von 2219 auf 2708 vermehrt. Die Zahl der Rohbauten betrug am 5. September 80 gegen 61 am 25. August. — Die Wayß & Freytag-Akt.-Ges. in Neustadt a. d. Hardt teilt der „Voss. Zeitung" mit, daß eine große Anzahl Bauten, deren Fortführung bei Beginn des Krieges von den Auftraggebern sistiert worden war, wieder in Angriff genommen worden ist. Außerdem seien neue Aufträge hinzugekommen, so daß die Gesellschaft für das verbleibende Personal volle Beschäftigung besitzt. Der Betrieb der Gesellschaft in Italien hat keine Unterbrechung erfahren; ebenso nicht der der Filiale in Buenos Aires, auch die Arbeiten in Chile sind nicht unterbrochen worden. Von Rußland seien der Gesellschaft seit Ausbruch des Krieges Nachrichten nicht zugegangen; in Frankreich sei sie zurzeit nicht beschäftigt.

## Eingegangene Schriften.

**Eine neue Karte des Weltkrieges** erscheint soeben im Verlag von F. A. Brockhaus im Format von 85 × 115 cm, in fünf Farben ausgeführt (gefaltet ℳ 1). Auf einem einzigen Kartenblatte sind die sämtlichen Erdräume dargestellt, die für den Weltkrieg in Frage kommen. Auf der Hauptkarte, die den europäischen Kriegsschauplatz in großem Maßstabe wiedergibt, sind die kriegerischen Ereignisse im einzelnen zu verfolgen. Eine wertvolle Beigabe, durch die sich die Karte besonders auszeichnet, sind die sieben Nebenkarten. Von diesen stellt eine die Riesenfestung Paris dar; drei sind den deutschen Kolonialgebieten gewidmet, zwei weitere umfassen Unterägypten und den Kaukasus, in welchen Ländern das erste Aufflammen der Empörung des Islam gegen Engländer und Russen zu erwarten ist, eine siebte Karte gibt eine Gesamtübersicht der Erde zur Veranschaulichung der Weltlage und der überseeischen Besitzungen der kriegführenden Mächte.

**Das Recht während des Krieges** ist ein kleines Schriftchen betitelt, das vom Vorwärtsverlag in Berlin für 30 ₰ zu beziehen ist. Es werden darin alle wichtigen, durch den Krieg aufgeworfenen Streitfragen behandelt, so: Aus den Kriegsnotgesetzen, Arbeitsvertrag und Krieg, Abzahlungsgeschäfte und Mieterecht, der Krieg und die laufenden Verträge, insbesondere der Kaufvertrag, Arbeiterversicherung und Krieg, Angestelltenversicherung und Krieg, Familienrecht und Krieg, die Familienunterstützung der zum Krieg Eingezogenen usw. Das Schriftchen ist auch durch alle andern Buchhandlungen zu beziehen.

## Zentralkrankenkasse.

### Bekanntmachung.

Die Satzung, die mit dem 1. Oktober dieses Jahres in Kraft tritt, ist an die Ortsverwaltungen mit der Weisung übersandt, sie an die Mitglieder auszuhändigen.

Mitglieder, die bis 1. Oktober dieses Jahres noch nicht im Besitz der neuen Satzung sind, werden ersucht, diese von der Ortsverwaltung abzufordern.

Auch die Formulare zur Abrechnung für das dritte Quartal 1914 nebst Zirkular und erläuternder Bestimmung zu der Satzung sind an die Ortsverwaltungen versandt. Sollte die Sendung in irgendeiner Verwaltungsstelle nicht angekommen sein, so erwarten wir umgehend Nachricht.

Der Vorstand. J. A.: W. Themar.

Im Monat August sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Aumund ℳ 150, Dahlheim 250, Erkner 100, Gebesee 96,68, Halbe 60, Hamburg 250, Hamburg-Eppendorf 200, Hechtsheim 100, Jordan-Paradies 200, Kempen 10,70, Lindow 30,60, Löwenberg 150, Linkenheim 55, Merseburg 24,70, Moorburg 100, Neuhaus a. d. E. 82,20, Oranienburg 500, Reinickendorf 100, Weißlar 22,50, Zehlendorf 34,12. Summa ℳ 2516,50.

Zuschüsse erhielten: Altona ℳ 200, Arnstadt 100, Bochum 100, Bremen 500, Breslau 600, Bürstadt 150, Berlin I 500, Berlin II 500, Berlin IV 900, Bamberg 100, Charlottenburg 400, Dortmund 200, Dresden-Striesen 200, Driesen 100, Düsseldorf 300, Durmersheim 25, Ebergötzen 353,17, Eggersdorf 100, Eilenburg 50, Elberfeld 300, Ellrich 50, Erfurt 200, Frankfurt a. d. O. 200, Fürstenwalde 300, Gahlen 50, Göttingen 100, Groß-Besten 150, Groß-Neuendorf 150, Groß-Wartenberg 100, Groß-Zimmern 50, Greiz 100, Hagen i. W. 200, Hainstadt 150, Halle a. d. S. 150, Hamm i. W. 100, Harburg 200, Heilbronn 200, Hohen-Neuendorf 100, Hüttenrode 50, Immenhausen 80, Jena 80, Kirch-Steinbek 50, Königsberg i. Pr. 200, Kostheim 100, Langensalza 100, Leipzig 200, Lutter 60, Lützel-Wiebelsbach 300, Mahlsdorf 150, Mannheim 200, Marborn 100, München 500, Neukölln 500, Neuzelle 150, Notwabes 350, Nürnberg 300, Osnabrück 200, Pankow 400, Peisterwitz 200, Pirna 300, Prettin 100, Raibach 100, Reichensachsen 200, Rudolstadt 100, Sandbach 100, Schwerin 300, Schwiebus 100, Sonnenburg i. d. N.-M. 100, Stammheim 100, Steglitz 500, Stettin 600, Strausberg 120, Tegel 100, Tkelka 100, Timmenrode 150, Torgelow 100, Waldorf 200, Wedel 150, Wilmersdorf 200, Worms 100, Zwenkau 150. Summa ℳ 16 418,17.

Hamburg, den 2. September 1914.

Fr. Kläschen, Hauptkassierer.

## Briefkasten.

**Die Namen unserer im Felde gefallenen Verbandsmitglieder** werden nach Beendigung des Krieges gemeinsam veröffentlicht. Es erübrigt sich deshalb, solche Sterbeanzeigen jetzt einzusenden. Wir bitten aber alle Zweigvereine, die Namen aller ihrer gefallenen Mitglieder festzustellen und auf einer Liste alphabetisch zu ordnen, damit nach dem Kriege die Veröffentlichung der Namen erfolgen kann. Die an uns eingesandten Anzeigen werden nicht aufbewahrt.

## Anzeigen.

### Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Zeile kostet 15 ₰.)

**Ahrensböck.** Am 3. September starb nach schwerem Leiden unser treuer Kollege, der Maurer **Joh. Danker** aus Berlin, Kr. Segeberg, an Bauchfellentzündung.

**Annaberg.** (Neudorf.) Am 13. September starb unser Kollege **Paul Seidel** im 27. Lebensjahre infolge Unfalles.

**Berlin.** Am 13. September starb der Maurer **Thomas Polemberski** im Alter von 50 Jahren an Gehirnschlag. — Am 13. September starb der Bauarbeiter **Paul Fechner** im Alter von 47 Jahren an Zuckerkrankheit.

**Breslau.** Am 13. September starb der Kollege **Paul Schreiber** im Alter von 44 Jahren an Lungenschwindsucht.

**Dresden.** Am 3. September starb der Maurer **Karl Rensel** aus Oberneukirch im Alter von 55 Jahren an Milzanschwellung. — Am 9. September starb der Maurer **Paul Dittrich** im Alter von 40 Jahren an Lungenschwindsucht. — Am 9. September starb der Maurer **Ernst Nake** aus Bühlau im Alter von 58 Jahren an Asthma.

**Harburg.** Am 4. September starb unser Kollege **Georg Utermöhlen** im Alter von 59 Jahren an Herzleiden. — Am 7. September starb unser Kollege **Karl Tiemann** im Alter von 59 Jahren an Bleivergiftung.

**Jena.** Am 16. September starb nach langer Krankheit unser Kollege **Paul Reimann** im Alter von 23 Jahren an Herz- und Lungenleiden.

**Jeßnitz.** Am 7. September starb nach langem Leiden unser treuer Kollege **Wilhelm Both** im Alter von 54 Jahren.

**Karlsruhe.** (Pforte.) Am 1. September starb unser Kollege **Jakob Hitzelberger** im Alter von 47 Jahren infolge Brustfellentzündung.

**Leipzig.** Am 18. September starb unser Kollege **Karl Polze** im Alter von 59 Jahren an Lungenleiden.

**München.** (O st.) Am 15. September starb der Maurer **Franz Bauer** im Alter von 47 Jahren an Herzleiden.

**Nürnberg-Fürth.** (Höchstadt.) Am 2. September starb der Stukkateur **Franz Müller** im Alter von 38 Jahren an Lungenleiden.

**Podejuch.** Am 10. September starb unser Kollege **Albert Küss** im Alter von 30 Jahren an Lungen- und Nierenleiden.

**Nieśa.** Am 13. September schied unser Kollege **Julius Gersdorf** im Alter von 54 Jahren infolge Schwermut freiwillig aus dem Leben.

Ehre ihrem Andenken!

### Versammlungen.

**Sorau i. d. N.-L.** Mittwoch, den 30. September, abends 6 Uhr, in der „Flora".

**Zehdenick.** Sonntag, den 27. September, nachm. 3 Uhr, bei Jelike.

Verlag: Deutscher Bauarbeiterverband (Fritz Paeplow), verantwortlicher Redakteur: A. Ellinger, Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.

mikrofilm service münster + g. gutt KG essen + köln gerd gutt KG otto-hahn-straße 21 postfach 410249 4400 münster roxel